

Kirche in der Welt von heute

„Alle Geschichtsschreibung ist eine selektive Darstellung der Vergangenheit“ – diese Einsicht eines bekannten Historikers ist zweifellos auch die Ansicht aller seiner Berufskollegen. Die Selektion ist dabei jedoch nicht nur ein unvermeidbares subjektives Element, sondern auch eine Folge der Quellenlage. So machen ja auch beispielsweise viele Staaten der Dritten Welt oder der Blockfreien geltend, daß die Informationspolitik einseitig von westlich-kapitalistischen Agenturen bestimmt werde und alle anderen Stimmen übertöne. Wer nun über die Kirche in der heutigen Welt, besonders über ihre jeweils jüngste Vergangenheit, berichten will, sieht sich – mutatis mutandis – vor vergleichbaren Schwierigkeiten: Einerseits sind die Ereignisse und Vorgänge noch nicht anhand kritisch gesicherter Quellen dingfest zu machen, andererseits ist er auf jene Berichte angewiesen, die ihm aus Tages- und Kirchenpresse zugänglich sind. Diese aber gehorchen gewissen Auswahlkriterien, Akzentsetzungen und Gewichtsverteilungen, deren Gültigkeit sich erst in Zukunft bestätigen oder nicht bestätigen wird. Die berichteten Fakten mögen stimmen, ihre Einordnung in größere Zusammenhänge wird erst aus entsprechendem Abstand sichtbar werden. Und das Nicht-Berichtete – existiert schlechterdings überhaupt nicht!

So hat es z. B. den Anschein, daß sich da und dort neue Konturen von Kirchesein abzeichnen beginnen: Basisgemeinden, priesterlose Gemeinden, Gebetsgruppen, die sich – z. T. der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb – Organisationsformen geben, die selbst vom soeben neu formulierten Kirchenrecht noch nicht eingeholt wurden, denen aber die Zukunft gehören mag, zumal im Blick auf Lateinamerika, dessen kirchenamtliche Strukturen weithin nicht die darunterliegende Realität decken. Bei der unvermeidlich „selektiven Darstellung der Vergangenheit“ sollte man daher solche noch kaum greifbare Zukunftskeime wenigstens als Vorstellungsbild gegenwärtig haben.

Das wohl wichtigste Datum des letzten Halbjahres war sicherlich der 25. Jänner 1983. An diesem Tag promulgierte Papst Johannes Paul II. den *neuen Kodex* des kanonischen Rechts, der am 27. November in Kraft treten wird. Ein solches Rechtsbuch macht in jedem Fall Epoche und wird noch für lange Zeit ein wichtiges Studienobjekt sein. Als späte Frucht des 2. Vatikanischen Konzils scheint sein Hauptmerkmal die weltweite Dimension des zugrunde liegenden Kirchenbegriffs zu sein, was eine weitgehende Dezentralisierung und größere Bevorzugung von Rahmengesetzgebung einschließt und damit viele Entscheidungsvollmachten auf die Ortsbischöfe bzw. die Bischofskonferenzen verlagert. In der Einführungsbulle betont der Papst besonders das auf praktisch geübter Kollegialität beruhende Zustandekommen des imposanten Gesetzeswerks, dessen Druck und Auslieferung sich allerdings verzögert hat, weil offenbar bis zur letzten Stunde daran gearbeitet worden war.

Die immer wieder hervorgehobene höchste Leitungsgewalt der katholischen Kirche durch das Kollegium der Bischöfe „mit und unter dem römischen Pontifex“ (2. Vaticanum) wird freilich, vor allem in der Berichterstattung, als solche um so weniger anschaulich, als Person, Wort und *Wirken des Papstes* das Hauptinteresse auf sich ziehen. War es nach dem Attentat vom 13. Mai 1981 die Anteilnahme an

seinem Ergehen, so lenkten in den letzten Monaten des vergangenen Jahres die begründeten Vermutungen der Verwicklung östlicher Geheimdienste (Bulgarien . . .) die Aufmerksamkeit auf die finsternen Hintergründe des Verbrechens. Endgültige Klarheit steht noch aus und wird wohl kaum je zu erlangen sein. Indessen konnte der Papst bei offenbar guter Gesundheit seine Aktivitäten in gewohnter Weise entfalten. Besonders bedeutsam war seine aufreibende Spanienreise vom 31. Oktober bis 9. November, die er gleich nach den politischen Wahlen, um derentwillen er sie verschoben hatte und die eine sozialistische Regierung ans Ruder brachte, aus Anlaß der 400-Jahr-Feier der hl. Teresa von Avila unternahm. Sie brachte ihn in nahen Kontakt mit dem – nach seinen eignen Worten – „katholischsten Land der Welt“ (katholischer also als Polen . . .) und hinterließ tiefe und nachhaltige Eindrücke beim Besucher und den Besuchten. Spezielle Probleme Spaniens konnten dem Papst nicht verborgen bleiben. So berührte er das unruhige Baskenland nur an der Peripherie und blieb auch nicht unbeeindruckt von den sozialen Problemen in Stadt und Land.

Ferner unternahm der Papst apostolische Reisen in Italien, von denen die wichtigste sein Besuch auf Sizilien vom 20./21. November gewesen ist. Dabei ging es ihm nicht zuletzt darum, dem Erzbischof von Palermo, Kardinal Pappalardo, Hilfestellung im Kampf gegen die Mafia und die organisierte Kriminalität zu geben – man kann nur hoffen: mit Langzeitwirkung, denn unmittelbare Erfolge sind bisher ausgeblieben. Für März steht eine Pastoralreise in etwa sechs Länder der Karibik und Mittelamerikas bevor, ein nicht nur besonders anstrengendes, sondern auch überaus heikles Unternehmen wegen der vielfältigen Spannungen in jener Zone. Das Datum der immer wieder in Frage gestellten Polenreise scheint nun für den 18. Juni einigermaßen gesichert. Doch während das Militärregime von dem Besuch eine mögliche Schwächung seiner Position fürchtet, besorgen Regimegegner umgekehrt, die Regierung könne aus dem Papstbesuch einen Prestigegewinn ziehen.

Die weltkirchliche Tätigkeit des Papstes zeigt sich jedoch nicht nur in Reisen. Vielmehr bleibt der Vatikan Zentrum der Kirchenleitung. So berief der Papst am 19. November die Spezialkommission der vatikanischen Finanzen nach Rom – aus gegebenem Anlaß: Es galt, die Aktivitäten des I. O. R. (Istituto per le Opere di Religione), das durch den Skandal des Mailänder Banco Ambrosiano in Mitleidenschaft gezogen war, zu überprüfen und hier Remedur zu schaffen. An den folgenden Tagen trat bis zum 26. November die Vollversammlung der Kardinäle – ein höchstes Beratungsgremium, das Johannes Paul II. sich neben der Bischofssynode als Ausdruck der Kollegialität geschaffen hat – zusammen. Ihm wurde der Bericht der Finanzkommission vorgelegt. Über die „Affäre“ hinaus wollte der Papst durch Offenlegung der Bilanzen, auch seines eignen Budgets, Transparenz in Finanzdingen schaffen und durch einen grundlegenden Brief an Kardinalstaatssekretär Casaroli für die Zukunft die Weisung erteilen, daß die Sorge für den materiellen Unterhalt von Papst und Kurie Sache des Gottesvolkes zu sein habe. Die Ausführungsbestimmungen dieser großherzigen, aber etwas utopisch klingenden Absichten stehen noch aus. Ferner wurde die Kardinäleversammlung um eine abschließende Beurteilung des Entwurfs des NCIC gebeten, die im Ganzen positiv ausfiel. Ebenso wurde sie „pro forma“ mit der längst schon beschlossenen Erhebung des *Opus Dei* zu einer „Praelatura nullius“ befaßt, die am 27. November promulgiert wurde. Seither ist der Nachfolger des Gründers José Maria

de Balaguer, der jetzige Präsident Alvaro del Portillo, Prälat der 1500 Priester, die dem „Opus“ angehören, während die Zuständigkeit über die etwa 73.000 Mitglieder weiterhin bei den Bischöfen liegt, eine Rechtsfigur, die sich erst noch in der Praxis wird bewähren müssen. Schließlich wurde die Vollversammlung der Kardinäle durch die Ankündigung eines *Heiligen Jahres 1983* überrascht, das an die 1950 seit dem Erlöschungstod Christi vergangenen Jahre erinnern, auf das Heilige Jahr 2000 vorbereiten und der im Herbst dieses laufenden Jahres stattfindenden Bischofssynode einen würdigen Rahmen schaffen soll.

Die zu Jahresbeginn erfolgte Ankündigung eines Konsistoriums und die *Ernen-*
nung von 18 neuen Kardinälen war, weil lange erwartet, nicht eigentlich eine Überraschung. Bei den Ernennungen fiel die „Unbefangenheit“ auf, mit der der Papst eine Reihe von Bischöfen aus Ländern unter kommunistischer Herrschaft zu Kardinälen erhob: aus Angola, aus der DDR, aus Kroatien, aus Polen und sogar aus der UdSSR in der Person des 86jährigen Bischofs von Riga, Msgr. Vaivods, der allerdings in Msgr. Cakulo bereits seit dem 10. November 1982 einen Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge hat. Eine besonders eindrucksvolle Geste war die Verleihung der Kardinalswürde an den greisen P. de Lubac SJ, dem der Papst schon bei seinem Besuch in Paris seine Reverenz erwiesen hatte, und der nun nach früheren Verdächtigungen aufs überzeugendste rehabilitiert wurde. Vielleicht fällt von diesem Glanz auch ein hellerer Schein auf Person und Werk von Teilhard de Chardin, den großen Freund und Mitbruder von Kardinal de Lubac.

Daß unter den neuen Kardinälen des 2. Februar sich auch der Patriarch der Maroniten befindet, ist an sich nicht mehr ungewöhnlich, hat aber angesichts der Lage in dessen Heimat Libanon eine gewisse Bedeutung. Diesem vielgeprüften Land gilt weiterhin die Sorge von Kirche und Welt. Es ist traurig und nur aus der komplexen Geschichte zu verstehen, daß sich dort auch die Christen untereinander befehden und eine Befriedung und Befreiung des Landes verhindern.

Der nun ebenfalls zum Kardinal erhobene Erzbischof von Warschau und Gnesen, Primas Glomp, sieht sich weiterhin in einer schwierigen Situation. Ein Teil des Episkopats und vor allem des Klerus scheint von ihm nach der „Suspendierung“ des Kriegechts und nach der Auflösung von „Solidarnosc“ eine energischere Haltung gegenüber dem Regime zu erwarten, als er sie einzunehmen gewillt ist. Wohl nicht zuletzt um den Papstbesuch nicht zu gefährden, bemüht er sich weiterhin um Gesprächsbereitschaft mit der Regierung. Indessen sind offensichtlich wirtschaftliche Nöte und Ernährungssorgen die vordringlichsten Probleme. Hinzu kommt der wachsende Alkoholismus, der die Bischöfe sogar zu einem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 6. Februar veranlaßt hat.

Die Lage der Kirche in der CSSR ist weiterhin prekär und die Beziehungen zum Vatikan praktisch inexistent. Wegen der Erhebung eines Exil-Tschechen und eines Exil-Slowaken zu Bischöfen mit Zuständigkeit für ihre im Ausland lebenden Mitbürger gab es erneut heftige Polemik.

In der Bundesrepublik Deutschland verläuft das kirchliche Leben ohne Sensationen. Die Zahl der Seminaristen hat sichtlich zugenommen, im Wahlkampf spielen religiöse und kirchliche Fragen erfreulicherweise kaum eine Rolle. München hat in der Person des bisherigen Bischofs von Speyer, Professor Dr. Friedrich Wetter, einen neuen Erzbischof als Nachfolger von Kardinal Ratzinger – er jedoch wird nun auf die Kardinalswürde noch etwas warten müssen.

In *Frankreich* bahnt sich ein Kampf um die „freien“ Schulen an, denen man zunächst die finanziellen Mittel kürzen möchte. Die sozialistische Regierung geht sichtlich planvoll vor, um ihr laizistisches Programm zu verwirklichen. Sie wird mit zähem Widerstand rechnen müssen. Während auf diesem Gebiet wohl Einigkeit herrschen dürfte, sorgen die Traditionalisten immer wieder für innerkirchliche Spannungen. So attackierten sie heftig die vom Episkopat autorisierten Religionsbücher und schürten Konflikte mit der römischen Kurie. Der Papst machte dem ein vorläufiges Ende, indem er bei dem ad limina-Besuch einer Gruppe von Bischöfen diesen die uneingeschränkte Kompetenz ihres eigenständigen Lehramtes zusprach.

Folgenreich für die Zukunft mag ein erneuter Appell des Papstes sein, den er am 25. Oktober 1982 aus Anlaß der 400-Jahr-Feier zum Gedächtnis von P. Ricci SJ an *China* richtete und Dialogbereitschaft bekundete. In diesem Land scheint jetzt ein wenig mehr religiöse Freiheitsluft zu wehen, jedoch ist die dortige „patriotische“ Kirche einstweilen noch nicht willens oder nicht frei genug, um die ausgestreckte Hand Roms zu ergreifen und so dem faktischen Schisma ein Ende zu machen. Auf den fernöstlichen *Philippinen* besteht die soziale und politische Gärung bedrohlich fort und mit ihr das z. T. radikale Engagement vieler Priester und Ordensleute.

Eine ähnliche Situation herrscht weiterhin in *Lateinamerika*, freilich mit je verschiedenen Ursachen und Folgen. Überall setzt sich die Kirche grundsätzlich und (fast) einmütig für die mit Füßen getretenen Menschenrechte ein. In Argentinien verlangen die Bischöfe – aber nicht nur sie – Aufklärung über das Verschwinden Tausender von Mitbürgern. Ähnlich in Chile. Anders in Brasilien, wo der Episkopat fast einhellig an der in Puebla erneuerten „Option für die Armen“ festhält und gegen die gewaltsame Vertreibung der Indios im Amazonasgebiet protestiert, aber auch gegen das „Bauernlegen“ in anderen landwirtschaftlichen Zonen, die für den Export bestimmte Produkte in Großplantagen erzeugen sollen und so die Ernährungsgrundlage sowie die bäuerlichen Familienbetriebe gefährden und das arbeitslose Proletariat in den krebsartig wuchernden Großstädten vermehren. Hier sieht sich die Kirche mehr und mehr in sehr konkrete Fragen der Anwendung christlicher Soziallehre hineingezogen und damit immer wieder in Konflikte mit dem Staat gebracht.

Besonders akut und dramatisch spitzt sich das Problem in *Mittelamerika* zu, und zwar in jedem dieser Länder anders. Während die sandinistische Revolutionsregierung trotz ihrer marxistischen Schlagseite von Teilen des Klerus aktiv unterstützt wird und Geistliche zu Ministern hat (und trotz römischer Weisungen beibehält), warnt der Papst in einem Schreiben vom 4. August 1982 vor einer „populistischen Kirche“ freier Basisgemeinschaften. Diese weisen den darin enthaltenen Vorwurf zurück, versichern ihre Glaubenstreue und Loyalität und erbitten die Einberufung einer Nationalsynode. Man erhofft vom Papstbesuch eine Klärung.

In Salvador herrscht weiterhin Bürgerkrieg. Die Hierarchie bemüht sich um friedlichen Ausgleich ohne offene Parteinahme. Guatemala steht unter einem Schreckensregiment, der Episkopat scheint uneinig zu sein. Auch hier richten sich die Erwartungen auf den Papstbesuch, der freilich Wunder wirken müßte, um die Hoffnungen nicht zu enttäuschen.

Wer über die Kirche in der Welt von heute, und wäre es auch nur über eine kurze Zeitspanne ihres Weges durch die Zeit, berichtet, muß abschließend ein Wort über jene Fragen sagen, die in der Tat mehr als andere wirklich fast die ganze Welt beschäftigen und bedrohen. Das ist einmal die Weltgeißel der *Massenarbeitslosigkeit*, die brisante Gefahren in sich birgt und auch die Kirche herausfordert, den davon betroffenen Menschen durch pastorale Sorge, aber auch durch gesellschaftsverändernde Ratschläge und Weisungen beizustehen. Der Episkopat vor allem der USA scheint das begriffen zu haben und angesichts des drohenden Pauperismus im reichsten Land der Welt die christliche Soziallehre und ihre Aktualisierung in „*Laborem exercens*“ in diesem Sinne zu mobilisieren. An dieser Stelle ist die Kirche fühl- und sichtbar mit der Welt von heute verbunden und von ihr in Pflicht genommen.

Die zweite, noch brennendere Frage ist die nach *Krieg und Frieden*. Sie wird gerade in letzter Zeit immer dringlicher gestellt und zwar vornehmlich im Zeichen der atomaren Waffen. Allenthalben und auf allen Ebenen bemühen sich die Christen, hier Rat, Antwort und Hilfe anzubieten. Der Papst selbst, ein von ihm eigens berufenes Gelehrtenngremium, zahlreiche Episkopate und Laienorganisationen, aber auch Christen anderer Bekenntnisse haben ihre warnenden Stimmen erhoben. Schließlich war das tagelange Gespräch, das dreißig europäische und nordamerikanische Bischöfe im Jänner im Vatikan miteinander unter Ausschluß der Öffentlichkeit, aber unter Zuziehung von Experten, geführt haben, keineswegs akademischer Natur: Es ging auch nicht nur um das vorbereitete Hirtenschreiben der US-Bischöfe, das nun im Mai veröffentlicht werden soll, und von dem man zu wissen glaubt, daß es eine Be- und Verurteilung der Atomwaffe in sehr verschiedener Form enthalten soll. Vielmehr bemühte man sich um den ganzen Bereich der Friedensprobleme und der Friedenssicherung, und war sich offenbar einig, daß der Kirche Recht und Pflicht zustehe, ihr Wort dazu zu sagen – ein Wort, das nur und ausschließlich dem Frieden zu dienen hat, wobei es freilich außerhalb kirchlicher Kompetenz liege, genau zu sagen, mit welchen Mitteln der Friede zu erhalten und zu sichern sei. Darauf hat Kardinal Höffner ausdrücklich hingewiesen.

So scheint die Frage nach der moralischen Erlaubtheit des Besitzes von Kernwaffen und sogar des Drohens mit ihrem Einsatz theologisch nicht mit Sicherheit beantwortet werden zu können, wenn und solange dieser Besitz und diese Drohung das letzte Mittel der Friedenssicherung ist. Wer sich dabei unbehaglich fühlt, der möge an 1 Joh 5, 19 denken: „*Mundus totus in maligno positus est*“.